

Öffentlicher Dienst in Österreich: Gehaltserhöhung sorgt für Aufatmen!

ÖVP-Abgeordnete Deckenbacher betont die Bedeutung des öffentlichen Dienstes und eine faire Gehaltserhöhung für 250.000 Beamte.



Nachrichten AG

Laimgrubengasse 10, 1060 Wien, Österreich - Im Rahmen der Debatte zur geplanten Dienstrechtsnovelle 2024 betonte die ÖVP-Abgeordnete Romana Deckenbacher die entscheidende Rolle des öffentlichen Dienstes in Österreich. „Was wäre, wenn Sie in ein Krankenhaus kommen und es gebe kein Pflege- und Gesundheitspersonal?“, stellte sie provokant die Frage und verwies auf die tiefgreifenden Auswirkungen eines Personalmangels in Bereichen wie Bildung, Gesundheit und Sicherheit. Konkret wird ab 1. Jänner 2025 eine Gehaltserhöhung im öffentlichen Dienst von durchschnittlich 3,5 % umgesetzt, was für etwa 250.000 Bundesbedienstete eine Lohnerhöhung von mindestens 82,40 Euro bis maximal 437,80 Euro bedeutet, wie APA-OTS berichtete.

Im Jahr 2026 ist zusätzlich eine Anpassung der Gehälter an die inflationsbedingten Kostensteigerungen vorgesehen, plus 0,3 Prozentpunkte. Diese Vereinbarung entstand nach herausfordernden Verhandlungen zwischen der Gewerkschaft GÖD, der Gewerkschaft Yunion und den Vertretern der Länder sowie dem Bundesminister für Öffentlichen Dienst. Der Abschluss gilt als Erfolg, insbesondere vor dem Hintergrund wirtschaftlicher Herausforderungen. Deckenbacher unterstrich die große Wertschätzung der Bevölkerung für den öffentlichen Dienst, wie Umfragen zeigen: 86 Prozent der Befragten bewerten diesen als wichtig für die Lebensqualität in Österreich, wie auch das Dokument im Parlament festhält.

Die Abgeordnete forderte zudem, dass der öffentliche Dienst als attraktiver Arbeitgeber wahrgenommen wird, um qualifizierte Mitarbeiter zu gewinnen und zu halten. Trotz des hohen Ansehens fühlen sich 56 Prozent der Befragten in der Privatwirtschaft besser aufgehoben. Es ist von wesentlicher Bedeutung, dass die finanziellen Mittel für den öffentlichen Dienst zur Verfügung stehen, damit dieser seine entscheidende Funktion im Staatsgefüge erfüllen kann.

Details	
Vorfall	Gesetzgebung
Ort	Laimgrubengasse 10, 1060 Wien, Österreich
Quellen	• www.ots.at • www.parlament.gv.at

Besuchen Sie uns auf: die-nachrichten.at